



Liebe Leserinnen und Leser,

auch im Jahr 2012 wurden die Lebensverhältnisse zwischen Ost und West immer noch nicht angeglichen. Die Kommunen leiden unter dem demografischen Wandel und unter chronischer Unterfinanzierung, so dass gut ausgestattete Schulen, Kitas, Bibliotheken sowie Einrichtungen, wie kommunale Schwimmbäder oder Tierparks, schon zur Ausnahme geworden sind.

Bei der Rentenangleichung hat die Bundesregierung ihren eigenen Koalitionsvertrag gebrochen indem sie schlichtweg nichts getan hat. Und immer noch verdienen die Menschen in diesem Land zu wenig und wissen nicht, wie sie über die Runden kommen sollen. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher.

Das gilt nicht nur in der Bundesrepublik, sondern erst recht international. Wenn sich Bürgerinnen und Bürger engagieren, wie im hier vorgestellten Sportlerprojekt „Strom für Afrika“, ist das eine gute Sache.

Für 2013 wünsche ich mir, dass wir endlich für mehr Gerechtigkeit in Deutschland sorgen. Dafür streite ich im Bundestag und in meinem Wahlkreis Anhalt. Unsere Schwerpunkte werden dabei auch bezahlbare Mieten, Mobilität und die Verhinderung von weiterer Altersarmut sein. Nur eine starke LINKE zwingt die anderen zum Umdenken.

Im neuen Jahr wünsche ich Ihnen alles Gute und Beste. Politisch wünsche ich uns allen mehr soziale Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität.

Ihr

Jan Korte

Jan Korte zum Kandidaten im Wahlkreis Anhalt gewählt



Dr. Gregor Gysi gratuliert Jan Korte zur erneuten Nominierung zum Direktkandidaten der LINKEN im Wahlkreis Anhalt „Wir werden um das Direktmandat kämpfen und unseren Platz als stärkste Partei in Sachsen-Anhalt verteidigen“

Bei den Bundestagswahlen 2013 tritt Jan Korte erneut als Direktkandidat für den Wahlkreis Anhalt an. Die 49 Vertreterinnen und Vertreter der Partei DIE LINKE wählten den Abgeordneten Ende November in Köthen einstimmig zum Kandidaten. Korte bedankte sich für die breite Zustimmung: „Hundert Prozent sind ein riesiger Vertrauensbeweis, das freut mich enorm. Eine tolle Basis für einen Wahlkampf, in dem wir alles geben werden.“

Nachdem der Bundestagsabgeordnete 2005 über die Landesliste in den Bundestag einzog, wählten ihn die Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Anhalt-Bitterfeld und Teilen des Salzlandkreises 2009 direkt in den Bundestag.

Jan Korte kann nun mit einer breiten Rückendeckung der Partei rechnen, wenn es 2013 darum geht das Direktmandat zu verteidigen, wie er es in seiner Bewerbungsrede zum Ziel ausgegeben hatte: „Wir werden um das Direktmandat kämpfen und unseren Platz als stärkste Partei in Sachsen-Anhalt verteidigen“, so Korte.

Nicht nur von der Basis bekam der Abgeordnete Zuspruch: Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, Dr. Gregor Gysi, war nach Köthen gekommen, um Jan Korte

zu unterstützen und um die Wichtigkeit des Direktwahlkreises für DIE LINKE zu unterstreichen. Nach dem Wahlgang skizzierte er vor den versammelten Parteimitgliedern und Gästen die Herausforderungen der nächsten Jahre und zog eine Bilanz zur Arbeit der Fraktion im Bundestag. Zum Abschluss seiner Rede lobte Gysi die zuverlässige und inhaltlich gute Zusammenarbeit mit Jan Korte im Fraktionsvorstand, dem dieser seit 2009 angehört, und hob die Beharrlichkeit hervor, mit der sich Korte sowohl in der Fraktion als auch im Bundestag für die Interessen seines Wahlkreises einsetze.

Für die kommenden Monate kündigte Jan Korte an, weiterhin das Gespräch mit den Menschen auf öffentlichen Plätzen, in den Vereinen und Einrichtungen zu suchen: „Wer nicht bei den Leuten draußen auf der Straße ist, kriegt nicht mit, welche Entscheidungen im Bundestag zu treffen sind und was die Menschen wirklich bewegt.“ DIE LINKE sei in der Region kommunalpolitisch und gesellschaftlich stark verankert. Die thematischen Schwerpunkte für die Wahl 2013 möchte Korte deshalb zusammen mit der Parteibasis und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern seines Wahlkreises entwickeln.

Wohnen muss zum Grundrecht werden



Ein Gastbeitrag von Heidrun Bluhm, bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag: „Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Die LINKE will, dass dieses Grundbedürfnis als einklagbares Recht in

den Menschenrechtskatalog des Grundgesetzes aufgenommen wird. Die Parteien der gegenwärtigen Regierungs-

koalition dagegen beharren darauf, dass das Bedürfnis nach Wohnen auf dem Wohnungsmarkt zu befriedigen ist. Der aber ist privatwirtschaftlich dominiert und strukturiert. Ohne massive öffentliche Förderung geht hier nichts mehr.

Die LINKE fordert kurz- und mittelfristig eine energische Aufstockung und Verstärkung der Städtebauförderung, des Sozialen Wohnungsbaus und des Wohngeldes. Für die ostdeutschen Wohnungsunternehmen bleiben wir bei unserer Forderung, die Altschuldenhilfe auch über das Jahr 2013 hinaus fortzuführen. Besser und gerechter wäre eine ersatzlose

Streichung der Altschulden. Der Fortbestand von Altschulden bringt viele, besonders kleinere Wohnungsunternehmen in wirtschaftliche Not, verhindert energetische und barrierefreie Sanierung und trägt – wo der Markt es zulässt – zu Mietsteigerungen bei. Auch das hat die Bundesregierung mit ihrer völlig vermurksten Wohnungspolitik zu verantworten.

Was wir perspektivisch brauchen und programmatisch einfordern, ist eine grundlegende Veränderung des sozialökonomischen Charakters der Wohnungswirtschaft und zu diesem Zweck eine Reformierung der Eigentumsverhältnisse im Immobilienbereich.“

Regierung schönt Armutsbericht

Mitte September gelangte der Entwurf des Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung an die Öffentlichkeit. Obwohl Wohlfahrtsverbände oder Gewerkschaften bei der Erstellung nicht einmal einbezogen waren, stellt er dar, wie ungleich das Vermögen in der Bundesrepublik verteilt ist.

„Wenn 10 Prozent der Haushalte 50 Prozent des Vermögens besitzen, während die untere Hälfte sich nur gut ein Prozent teilt, stimmt etwas nicht in diesem Land“, erklärt Jan Korte, „der Bericht unterstützt, was DIE LINKE seit langem fordert: Vermögende müssen deutlich zur Finanzierung der Aufgaben des Staates herangezogen werden. Es ist so traurig wie absurd, dass in einem reichen Land Kinder- und Altersarmut existiert, dass Kommunen ihre Bibliotheken schließen müssen oder dass ganze Orte, vor allem im Osten der Republik, vom öffentlichen Personennahverkehr abgeschnitten werden.“ Dies müsste alles nicht

sein: Bei den Haushaltsberatungen ist wieder einmal deutlich geworden, dass die Regierung nichts dafür tut, die Einnahmen zu erhöhen. Mit der Anhebung des Spitzensteuersatzes, einer Reform der Erbschaftsteuer und der Einführung einer Millionärssteuer macht DIE LINKE konkrete Vorschläge, wie der Staat zu Mitteln kommen könnte, um seine Aufgaben zu erfüllen sowie Armut zu verhindern.

Ende November schoss die Bundesregierung den Vogel endgültig ab: In der aktuellen Fassung des Entwurfs fehlt beispielsweise die Passage „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“ aus dem vorherigen Entwurf. Die FDP hatte darin eine mögliche Begründung für eine Vermögenssteuer gesehen. Ein Sprecher von CDU-Arbeitsministerin von der Leyen bestätigte, FDP und Kanzleramt wären die treibenden Kräfte hinter der Überarbeitung gewesen. So kann man sich die Realität zurechtbiegen.

Eine Rente zum Leben



Protestaktion der Partei DIE LINKE vor dem Bundeskanzleramt in Berlin

Altersarmut ist ein Problem, das häufig mit der Alterung unserer Gesellschaft in Verbindung gebracht wird. Die drohende Verarmung von Millionen älterer Menschen in Deutschland ist aber vor allem auf sinkende Reallöhne, den wachsenden Niedriglohnsektor und eine falsche Rentenpolitik zurückzuführen: Mit der Riester-Reform und weiteren Maßnahmen, wie der Aussetzung der jährlichen Rentenanpassung oder der Beendigung der Beitragszahlungen für Langzeitarbeitslose, wurde das sozialstaatliche Prinzip der Lebensstandardsicherung in der Rentenversicherung aufgegeben. Absehbare Folgen sind eine noch stärkere Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich sowie ein massiver Anstieg der Altersarmut. Vor allem in Ostdeutschland breitet sich diese mit beängstigender Geschwindigkeit aus, wie ein Blick in die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt: Seit 2009 ist die Zahl der über 70-Jährigen in Minijobs im Osten um 29,3 Prozent gestiegen, im Westen um 21,3 Prozent. Im Bundesdurchschnitt betrug die Zunahme 22,2 Prozent.

Wenn wir verhindern wollen, dass Altersarmut in Deutschland zu einem Massenphänomen wird, müssen wir rasch handeln. Gegen die heutige Altersarmut hilft nur noch eine Solidarische Mindestrente. Gegen die Altersarmut von Morgen helfen gute Arbeit und ein Rentenniveau, das deutlich über dem heutigen liegt. Würdig altern ist daher eine Frage der richtigen, einer gerechten und solidarischen

Politik. DIE LINKE hat dazu ein Fünf-Punkte-Konzept vorgelegt, dessen wesentliche Forderungen lauten:

1 Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden, damit es den Lebensstandard im Alter sichern kann. Die Rente erst ab 67 muss gestrichen werden, die Angleichung der Ostrenten an das Westniveau muss innerhalb der nächsten fünf Jahre erfolgen. Prekäre Beschäftigung muss eingedämmt, ein flächendeckender Mindestlohn von 10 Euro eingeführt werden.

2 Künftig sollen alle Erwerbstätigen, Erziehenden, Pflegenden, Erwerbslosen in die gesetzliche Solidarische Rentenversicherung einbezogen werden.

3 Kindererziehungszeiten müssen auch für vor 1992 geborene Kinder in voller Höhe gezahlt, Beiträge für Langzeitarbeitslose müssen erneut geleistet, niedrige Entgelte durch die Rente nach Mindestentgeltpunkten aufgewertet werden.

4 DIE LINKE will eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente einführen, die sicher stellt, dass kein Mensch im Alter ein Nettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze hat.

5 Den schleichenden Ausstieg der Arbeitgebenseite aus der Rentenversicherung, wie er mit Einführung der Riester-Rente begonnen hat, stoppen.

Korte kurz:

V-Leute in der Fanszene



Statt den Dialog zwischen Fans, Polizei und Politik zu fördern, setzen Sicherheitsbehörden auf Spitzel

Fußballfans werden mit Hilfe von V-Leuten bespitzelt. Das hat eine Kleine Anfrage von Jan Korte und der Linksfraktion ergeben. Zwar setzen Bundesbehörden nach Aussage der Bundesregierung keine V-Leute zur Beobachtung von Fanszenen ein, dem BKA seien aber Einsätze im Rahmen von internationalen Spielen bekannt. Jan Korte hält den Ausbau von Kontrolle und Überwachung für den falschen Weg im Umgang mit Gewaltereignissen im Umfeld von Fußballspielen: „Das kann man mit V-Leuten nicht verhindern.“ Im Gegenteil führe die Repression zu einer Kriminalisierung und einer Solidarisierung mit den Falschen. „Gewalt beim Fußball – wie auch beim Oktoberfest und anderen Großereignissen – ist ein Problem, dem politisch und gesellschaftlich begegnet werden muss“, so der Abgeordnete.

Stromsperrn gesetzlich untersagen

Deutschland ist Europameister im Abklemmen von Strom bei Privatkunden. Gerade für Haushalte mit geringen Einkommen ist die Gefahr groß, dass die Stromrechnung nicht mehr bezahlt werden kann und der Strom abgestellt wird, wie 2011 in 312.000 Haushalten geschehen. Für Betroffene bedeutet die Abschaltung Ausgrenzung und Not. Darum hat die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag einen Antrag gestellt, Stromsperrn gesetzlich zu untersagen (BT-Drs. 17/11655). An der Verteuerung von Strom um 25 Prozent seit 2007 ist der Ausbau erneuerbarer Energien übrigens nur zu einem Drittel beteiligt. Den Löwenanteil fahren die Energieunternehmen als Reingewinn ein.

Strom für Afrika: Korte unterstützt Sportler

Seit einiger Zeit pflegt der Bitterfelder Sportverein 2000 e. V. eine Freundschaft zu Sportlern in Kenia. Daraus ist nun als Initiative von „Sportler helfen Sportlern“ das Projekt „Strom für Afrika“ entstanden: Parallel zu Trainingsaufenthalten in Bitterfeld-Wolfen sollen kenianische Sportler das nötige Wissen zum Aufbau und zur Wartung von Solaranlagen vermittelt bekommen.

Jan Korte und die Mitteldeutsche Zeitung Bitterfeld-Wolfen unterstützen dieses Projekt. Weitere Unternehmen und Einzelpersonen sollen in nächster Zeit hinzu kommen.

Spenden nimmt der BSV 2000 e. V., Kto.-Nr. 30010824, BLZ 80053722, Verwendungszweck „Strom für Afrika“, entgegen.

Ergebnisse der Wahlkreisumfrage

Während der traditionellen Sommertour von Jan Korte wurde in diesem Jahr auch eine Wahlkreisbefragung durchgeführt. Bürgerinnen und Bürger hatten die Möglichkeit einen Fragebogen des Abgeordneten während der Bürgersprechstunden auf den Märkten des Wahlkreises auszufüllen. Dabei ging es z. B. um Fragen zu Problemen vor Ort sowie um Erwartungen an die Politik und die Kommune. Die Auswertung der zahlreich zurückgegebenen Bögen brachte interessante Ergebnisse.

Die meisten halten fehlende Arbeitsplätze für das drängendste Problem. Auch die damit in Zusammenhang stehende Abwanderung und eine unzureichende Versorgung im Kinder- und Jugendbereich wurden vielfach genannt. Ebenso beschäftigten die Bürgerinnen und Bürger sozialpolitische Schiefen (knappe Renten, steigende Mieten und Wasserpreise) und Fragen der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik. Von ihrem Abgeordneten erwarten sie, dass er sich vor allem für soziale Gerechtigkeit (bessere Löhne, Rentenangleichung, Abschaffung von Hartz IV) einsetzt. Lob bekam Korte für seine Präsenz in der Region und seine Bereitschaft, sich um die Lösung der Probleme vor Ort zu kümmern. „Ich freue mich, dass diese Umfrage so gut angenommen wurde“, so Korte. „Die angesprochenen Themen stehen im Mittelpunkt meiner Arbeit und der meiner Fraktion. Wir werden die lokalen Auswirkungen der verfehlten Politik der Bundesregierung in Zukunft noch stärker in den Vordergrund stellen.“

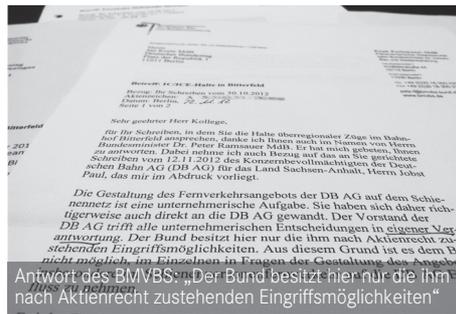
Abgeordneter als Praktikant



Perspektivwechsel:
Jan Korte beim Apothekenpraktikum

Einen etwas anderen Wahlkreistermin absolvierte Jan Korte Anfang November in Bernburg. Dort wollte der Abgeordnete sich ein konkretes Bild von der Arbeit in einer Apotheke machen. Themen wie Rabattverträge oder die Erhöhung der Apothekerhonorare werden immer wieder kontrovers diskutiert. In der Apotheke im Kauflandcenter konnte Jan Korte als Kurzzeitpraktikant von Filialleiter Daniel Denkwitz mehr erfahren: Wie werden Medikamente bestellt? In welchem Umfang muss zugezahlt werden und welche Aufgaben gibt es jenseits des Verkaufs von Medikamenten? Dabei wurde klar, dass viele Menschen kommen, die Fragen zur Gesundheit haben, der enorme bürokratische Aufwand im Apothekenalltag aber kaum noch Zeit für ausführliche Beratung lässt. Natürlich ging es bei den Gesprächen auch um die 2-Klassen-Medizin, gegen die die LINKE streitet.

Der Osten wird abgehängt



Antwort des BMWBS: „Der Bund besitzt hier nur die ihm nach Aktienrecht zustehenden Eingriffsmöglichkeiten.“

Die Landeshauptstadt Magdeburg verliert den ICE-Anschluss und der Zerbster Ortsteil Jütrichau gleich einen ganzen Bahnhof. Auch am Bahnhof Bitterfeld halten mit dem Wechsel zum Winterfahrplan weniger IC und ICE-Züge. Sowohl für den Erhalt des Bahnhofs Jütrichau, als auch für die Verbindungen am Bahnhof Bitterfeld hat sich Jan Korte in Briefen an den Vorstand der Deutschen Bahn, den Bundesverkehrsminister und an die Landesregierung eingesetzt. Während die Halte überregionaler Züge in Bitterfeld nach der Beendigung von umfangreichen Bauarbeiten wieder aufgenommen werden sollen, wie Jan Korte dem Antwortschreiben der Deutschen Bahn AG entnehmen konnte, wird der Bahnhof Jütrichau wohl geschlossen bleiben. Der Grund: Ein aufgrund technischer Nachrüh-

tungen auf der Strecke notwendiger Neubau der Bahnsteige wäre angesichts niedriger Zustiegszahlen zu teuer, zudem müsste das Land 29.000 Euro jährlich für die Zughalte bezahlen, die es nun einsparen könne.

Auch die Einstellung des ICE-Verkehrs in Magdeburg wird mit niedriger Auslastung der Züge begründet. Wie die DB AG dazu steht, hat ein Bahnvertreter in einem Interview mit der MZ an der IC-Strecke Oldenburg-Leipzig verdeutlicht: Im Westen verdiene man das Geld, im Osten käme man bestenfalls mit plus/minus null heraus.

Die DB AG ist zu 100 Prozent Eigentum des Bundes. Fahrgastverbände kritisieren seit langem, dass die Strategie der Bahn auf die Maximierung von Gewinnen ausgerichtet ist, nicht auf die Mobilität von Bürgerinnen und Bürgern. Jan Korte teilt diese Auffassung: „Es kann doch nicht sein, dass man – vor allem im Osten der Republik – auf der einen Seite Förderprojekte für die wirtschaftliche Entwicklung auflegt und auf der anderen Seite die Infrastruktur absägt.“ Das Bundesverkehrsministerium weist jede Verantwortung von sich: Der Bund habe nur die ihm „nach Aktienrecht zustehenden Eingriffsmöglichkeiten.“ Es sei ihm daher nicht möglich, in Fragen der Gestaltung des Angebots auf die DB AG Einfluss zu nehmen. Es ist Zeit, daran etwas zu ändern.

Mauer am Kaligarten löst Probleme nicht



Jan Korte im Gespräch beim Vor-Ort-Termin an der Mauer in Staßfurt.

Der Investor eines Staßfurter Einkaufsparks ließ im September eine ca. 20 Meter lange und 1,50 Meter Mauer auf dem Parkplatz des Geländes errichten. Diese soll den Besuchern der Geschäfte den Blick auf Alkoholkonsumanten im angrenzenden Kaligarten versperren. Der Fall schaffte es landes- und bundesweit in die Medien und löste eine Debatte über den Umgang mit Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit aus. „Dass mit der Errichtung von Mauern keine Probleme gelöst werden können, sollte sich mittlerweile herumgesprochen haben.“ reagierte Jan Korte mit einer Pressemitteilung auf den Bau der Mauer. Der Abgeordnete appellierte zusammen mit dem Staßfurter Ortsvorsitzenden der LINKEN, Ralf-Peter Schmidt an den Investor, diesen Schritt unbedingt noch einmal zu überdenken. Beide forderten außerdem die Stadt auf, mit ihren Möglichkeiten dagegen vorzugehen. „Gesellschaftspolitisch geht es hier um die Frage nach dem Umgang mit Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit und den damit verbundenen

Ursachen und Problemen. Dass hier Handlungsbedarf besteht, steht außer Frage. Eine Mauer ist hier zur Problemlösung aber auf keinen Fall angebracht.“ so Jan Korte.

Wenige Tage nach der Errichtung ließ sich der Abgeordnete selbst an der Mauer blicken, um mit den Bürgerinnen und Bürger hinter dem „antikoholischen Schutzwall“, wie er von den Medien getauft wurde, ins Gespräch zu kommen. Dort sprach sich Korte gegen eine Kriminalisierung der Bürger „hinter der Mauer“ aus und forderte eine offene Debatte über den Umgang mit Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit – mit Lösungen, die alle mittragen. Auch viele Bürgerinnen und Bürger wehrten sich gegen die Mauer, so gab es viele erboste Leserbriefe in der Lokalpresse und sogar eine Kundgebung gegen das Bauwerk. Die Stadt Staßfurt bemüht sich mittlerweile um den Abriss der Mauer. Da sie im Sanierungsgebiet der Bodestadt steht, hätte sie ohne Genehmigung eigentlich nie errichtet werden dürfen.

Korte kommunal

In der Rubrik „Korte kommunal“ lassen wir KommunalpolitikerInnen aus dem Wahlkreis Anhalt zu Wort kommen. Wo drückt vor Ort der Schuh? Welche Handlungsspielräume gibt es in der Kommunalpolitik überhaupt noch? Diese und viele andere Fragen wollen wir zukünftig in kleinen Interviews mit den EntscheidungsträgerInnen vor Ort beantworten.

»Daseinsvorsorge sichern«

Dieses Mal geht es im Gespräch mit **Marina Hintze, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat von Köthen** um den dortigen Tierpark



Korte konkret: Der Oberbürgermeister der Stadt Köthen schlug im letzten Jahr die Schließung des Tierparks vor, um den Haushalt der Stadt zu konsolidieren. Wie habt Ihr Euch als Fraktion dazu verhalten?

Marina Hintze: Herausgekommen aus dieser Diskussion ist zwar nicht die Schließung, aber doch eine Reduzierung der bisherigen Zuschüsse für den Tierpark um rund 50 Prozent. Eine solche Art der Haushaltskonsolidierung lehnen wir rundherum ab. Wenn es um Einsparmaßnahmen geht, die sinnvoll sind, verweigern wir uns keiner Diskussion. Worum es aber momentan in den meisten Kommunen geht ist ein „Kapputtsparen“ auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger. Die Landes- und Bundesregierung lassen die Kommunen im Regen stehen. Solche Einrichtungen wie Tierpark, Bibliothek, Sportstätten und Kindertagesstätten sind für DIE LINKE keine „freiwilligen“ Aufgaben, die man beliebig schließen kann. Sie gehören zur Daseinsvorsorge und müssen auf eine solide

Finanzbasis gestellt werden.

KOKO: Ab Anfang 2013 soll der Tierpark nun von einem Verein betrieben werden. Was hält die Fraktion der LINKEN davon?

MH: Aus der Not heraus, um den Tierpark nicht gänzlich zu schließen, haben wir dem Vertrag zur Betreuung des Tierparks durch den neuen Verein zugestimmt. Der Verein wird nun versuchen mit der Hälfte der Zuschüsse der Stadt auszukommen und will gleichzeitig den Tierpark für Besucher noch attraktiver machen. Ein mutiges Vorhaben, das aber nur gelingen kann, wenn an der Personalausstattung und den Personalkosten extrem gespart wird. Am Ende wird es auf eine „Selbstaubeutung“ aller Beteiligten hinauslaufen, die so nicht wünschenswert sein kann.

KOKO: Wie sieht Ihr die Zukunft des Tierparks?

MH: Die Arbeit des Vereins kommt ins Laufen und es werden jetzt schon erste gute Ideen umgesetzt. Wie weit das Geld aber am Ende reicht, weiß jetzt noch niemand genau. Sollte der Verein trotz aller Mühe diese Aufgabe nicht bewältigen, gibt es eine Rückfallklausel und wir wären in Köthen wieder beim Punkt Null. Trotz all unserer Bedenken hoffen wir im Interesse der Bürger und Vereinsmitstreiter, dass das Vorhaben gelingt. Wir wünschen den Akteuren viel Kraft und eine glückliche Hand bei allen noch anstehenden Entscheidungen.



Ein Esel, eine Rothirschkuh und ein Flamingo - Jan Korte unterstützt als Tierpate die Tierparks im Wahlkreis

So hat Jan Korte abgestimmt:

Im Bundestag gibt es unterschiedliche Formen der Abstimmung. In der Namentlichen Abstimmung werden umstrittene und besonders wichtige Entscheidungen getroffen. Wählerinnen und Wähler sind dabei im Vorteil, denn sie können bei jeder Abstimmung überprüfen, wer wie abgestimmt hat. Jan Korte hat in den letzten Monaten bei Namentlichen Abstimmungen so gestimmt:

- 30.11.2012 Finanzhilfe für Griechenland Jan Korte: **Nein**
- 29.11.2012 Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Jan Korte: **Ja**
- 29.11.2012 Antrag zu Patientenrechten. Jan Korte: **Enthaltung**
- 22.11.2012 Bundeshaushalt für 2013. Jan Korte: **Nein**
- 09.11.2012 Abschaffung der Praxisgebühr. Jan Korte: **Ja**
- 09.11.2012 Einführung des Betreuungsgeldes. Jan Korte: **Nein**
- 08.11.2012 Fortsetzung des Bundeswehrensatzes in Südsudan. Jan Korte: **Nein**
- 08.11.2012 Transparenz bei Nebeneinkünften herstellen. Jan Korte: **Ja**
- 08.11.2012 Fortsetzung des Bundeswehrensatzes in Darfur. Jan Korte: **Nein**
- 25.10.2012 Änderungsantrag zum Jahressteuergesetz 2013. Jan Korte: **Ja**
- 25.10.2012 Änderungsantrag zum Gesetzentwurf zur Stärkung der deutschen Finanzaufsicht. Jan Korte: **Ja**
- 25.10.2012 Steuerabkommen mit der Schweiz. Jan Korte: **Nein**
- 25.10.2012 Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Jan Korte: **Nein**

				7	4	2		
		9					1	
	6	2		1		8		
				5		1		
2		7				6		
		3		2		9		
8			5			1	7	3
			6					5
9	3							

Korte konkret abonnieren:

Wenn Sie die „Korte Konkret“ regelmäßig direkt nach Hause geschickt bekommen wollen, schreiben Sie bitte eine Postkarte an die rechts stehende Adresse, oder schicken Sie eine kurze Mail mit Postadresse an: jan.korte@bundestag.de

Wenn Sie die Korte Konkret an Nachbarn und Freunde verteilen wollen geben Sie bitte an, wie viele Exemplare wir Ihnen schicken sollen.

Über die Emailadresse können Sie auf Wunsch auch meinen wöchentlichen E-Mail-Newsletter abonnieren.

Impressum

ViSdP: Jan Korte, MdB
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Stefanie von der Lippe, Jörg Lemmert, Hendrik Rohde, Rita Kiesbauer, Philipp Vergin, Jeremy Krstić
Redaktionsschluss: 30.11.2012

Anschrift Büro Berlin
Jan Korte MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 71100
Fax: 030 / 227 76201
E-Mail: jan.korte@bundestag.de
Internet: www.jankorte.de
www.facebook.com/jankortemdb

Für Sie da: Die Bürgerbüros von Jan Korte

Bürgerbüro Bernburg

Kleine Wilhelmstraße 2b
06406 Bernburg
Tel.: 0 34 71 / 62 29 47
Fax: 0 34 71 / 62 29 47
jan.korte@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen

Kirchstr. 2
06749 Bitterfeld-Wolfen
Tel.: 0 34 93 / 40 15 94
Fax: 0 34 93 / 82 49 57
bitterfeld@jankorte.de

Bürgerbüro Köthen

Schalaunische Str. 6/7
06366 Köthen
Tel.: 0 34 96 / 30 33 91
Fax: 0 34 96 / 30 33 90
koethen@jankorte.de

Bürgerbüro Staßfurt

Grenzstr. 11
39418 Staßfurt
Tel.: 0 39 25 / 32 23 81
Fax: 0 39 25 / 32 23 81
staassfurt@jankorte.de